

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 1. OKTOBER 2015

GESCH.-NR. 2016-1831

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

16

16.04

16.04.23

GEMEINDEORGANISATION

Grosser Gemeinderat

Interpellationen

BETRIFFT

Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitswesen / Substantielles Protokoll

[...]

3. GESCHÄFT-NR. 041/15

Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitswesen – Beantwortung

Eingang der Interpellation:

22. Mai 2015

Mündliche Begründung im Rat durch den Interpellanten:

18. Juni 2015

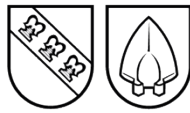
Antwort des Stadtrates:

3. September 2015

Der Stadtrat übermittelt mit Auszug aus dessen Protokoll (SRB-Nr. 155/15) vom 3. September 2015 die Antwort auf die vorstehende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Der Ratspräsident fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird.

Der Bedarf für eine Diskussion scheint angezeigt, was in der laut Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR durchzuführenden Abstimmungen bestätigt wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 1. OKTOBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1831

BESCHLUSS-NR.

Gemeinderat Fabian Molina, zeigt sich namens der SP/JUSO-Fraktion, grundsätzlich ob der stadträtlichen Antwort zufrieden, liefert sie doch eine wertvolle Grundlage für konstruktive Diskussionen diese Thematik betreffend. Sodann vermöge die Antwort aufzuzeigen, wonach es mit der Stadt Illnau-Effretikon punkto Sozialhilfe gut bestellt sei. Die Stadt Illnau-Effretikon beteiligt sich aktiv an Integrationsmassnahmen und sorgt dafür, dass Bezügerinnen und Bezüger wirtschaftlicher Hilfeleistungen mittels entsprechender Programme rasch wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Auch mit dem oft herbeigeredeten Sozialhilfemissbrauch scheint man in Illnau-Effretikon keine Probleme zu bekunden. Der Stadtrat berichtet hierzu von rund Fr. 28'000.-, was einem verschwindend kleinen Verlust im Promillebereich gleich komme, vergleiche man die Zahlen zu den durch Steuermisbrauch und -hinterziehung dem Staat entgehenden Einnahmen.

Sodann zeigen die detaillierten Ausführungen des Stadtrates aber auch auf, wonach im System sehr viele Lücken bestünden, die es auf übergeordneter Stufe zu lösen gelte. So dürfe mit der Harmonisierung eines einheitlichen sozialen Existenzminimums nicht länger zugewartet werden. Die Empfehlungen der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind für die Sozialbehörden nicht bindend und führen daher zu einer Ungleichbehandlung und grossen Unterschieden bei der Beurteilung entsprechender Fälle in den einzelnen Kantonen, Städten und Gemeinden. Tatsächlich fördere dieser Umstand die Gefahr des „Sozialtourismus“. Die aktuelle Lage mache die Schaffung eines Rahmengesetzes notwendig.

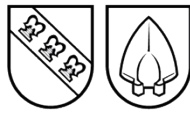
So gelte es denn auch nicht, die Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger zu bekämpfen – vielmehr müsse der grassierende Armut beizukommen sein. Wie auch der Stadtrat anerkenne, nehme die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer noch kompetitivere Ausmasse an; für Personen älteren Jahrgangs gestalte es sich zusehends schwieriger noch Jobs zu finden. Auf den Schultern der Arbeitslosenversicherung ALV und der Invalidenversicherung IV laste ein konstant hoher Spardruck, welcher Langzeitarbeitslose förmlich in die Arme der Sozialhilfe treibt.

Der Stadtrat ist anzuhalten, sich auf übergeordneter Ebene zur Bekämpfung der aufgezeigten Probleme einzusetzen.

So habe die SKOS jüngst auch einschneidende Änderungen beschlossen, welche die SP/JUSO-Fraktion als sehr unwürdig und unsozial betrachtet. Vom Stadtrat wünscht sich die Fraktion eine vehementere Intervention in den entsprechenden Verfahren, zu welchen das Gremium im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren zu Stellungnahmen aufgefordert wird.

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, bedankt sich beim Interpellanten für die Einreichung dessen Fragen. Sowohl die vorliegenden Antworten des Stadtrates als auch die Ausführungen im entsprechenden Kapitel des alljährlich publizierten Geschäftsberichtes zeigen, welche Ausgaben die Stadt netto im Sozialhilfereich tätigt.

Gemeinderat Schmausser erläutert anhand einer in den Saal projizierten Säulengrafik die Zusammensetzung der entsprechenden Kosten. Die entsprechende Übersicht findet sich im Anhang zu diesem Protokoll und wird an dieser Stelle nicht weiter repliziert. Die grafischen Darstellungen zeigen jedoch klar, wonach die Gesetzgebungskompetenzen zu den besonders ausgabeintensiven „Brocken“ allesamt bei Bund oder Kanton liegen. Anhand des Beispiels von Illnau-Effretikon entfallen noch ca. Fr. 10'000.-, die der Stadt noch an eigenem Spielraum übrig bleiben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 1. OKTOBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1831

BESCHLUSS-NR.

Dass der Stadtrat bei den verschiedenen Instanzen und Gremien auf den übergeordneten Ebenen vorstellig werden möge, erachtet die Fraktion als wichtig und richtig. Zudem – im Unterschied zur SP/JUSO-Fraktion – erachtet Gemeinderat Schmausser namens seiner Fraktion die stadträtliche Haltung zu den SKOS-Richtlinien als wegweisend. Die moderate Anpassung jener Empfehlung sei begrüssenswert.

Die stadträtliche Antwort verschaffe einen guten Überblick darüber, welche Massnahmen die Stadt ergreift, um dort, wo sie es beeinflussen kann, anzusetzen. So würden Arbeitslose mit einem individuellen Job-Coaching unterstützt – die Vermittlungsquote betrüge stattliche 60 % -, Migrantinnen und Migranten würden Deutschkurse besuchen und die Integrationsbeauftragte für allerhand Fragen und Anliegen aus dem Alltag konsultieren.

Die öffentliche Hand könne diese Aufgaben nicht mehr länger alleine lösen. Wenn immer mehr Menschen der temporeichen Karussellfahrt der leistungsorientierten Arbeitsgesellschaft gezwungenermassen entfallen, so haben auch die wirtschaftlichen Unternehmungen eine gesellschaftliche Verantwortung zu tragen, die nicht mehr in Abrede gestellt und verneint werden könne. Es sei legitim, wenn Politik und Gesellschaft nun entsprechende Massnahmen und einen offenen Diskurs fordern, um Arbeitsbedingungen zu verbessern. Im internationalen Konkurrenzumfeld keine leichte Aufgabe – entsprechende Entwicklungen scheinen aber notwendig, da sonst die Allgemeinheit für die entstehenden Kosten aufkommen müssen. Gemeinderat Schmausser zollt sämtlichen Unternehmungen seine Anerkennung, die entsprechende Dispositionen umsetzen.

Dennoch vermag die stadträtliche Antwort nicht in allen Punkten zu überzeugen. So lässt sie eine detaillierte Aufschlüsselung der Zahlen (insbesondere bei den grossen Posten AHV-Zusatzleistungen und den damit verbundenen Pflegekosten) eine genaue Zusammensetzung der Kosten vermissen. Hier hätte sich Gemeinderat Schmausser etwas mehr Detailtreue gewünscht.

Gemeinderat Schmausser ist es ein Anliegen, dem Stadtrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihr Engagement zu danken, die täglich ihr Bestes geben, den sozialen Werken Sorge tragen und so hohen Sozialkosten entgegenzuwirken.

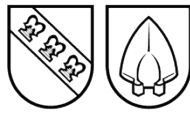
Der Ratspräsident stellt auf seine Uhr blickend fest, dass der Vorredner mit seinem Votum seine zur Verfügung stehende Redezeit vollends in Anspruch genommen habe.

Das Mitteilungsbedürfnis der Ratsmitglieder scheint sich erschöpft zu haben, sodass *der Ratspräsident* dem Urheber des Vorstosses die Möglichkeit der ihm gemäss Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR zustehenden persönlichen Schlussklärung einräumt.

Interpellant Michale Käppeli legt die Haltung seiner angeschlossenen Fraktion dar. Diese zeigt sich mit der mit der differenzierten Antwort des Stadtrates sehr zufrieden. Sie vermittele das Gefühl, wonach in Illnau-Effretikon das Sozial- und Gesundheitswesen gut funktioniere.

Die Zufriedenheit der FDP/JLIE-Fraktion werde indessen durch die Ergebnisse der Sozialhilfe-Studie noch verstärkt. Die Vergleichsstudie zeichne für die Stadt insgesamt das Bild einer wirksamen Sozialhilfe, die mit Augenmass geleistet werde. Die Fürsorgebehörde scheine bei der Vergabe von Sozialhilfegeldern weder einen zu strengen noch einen zu lockeren Massstab anzusetzen.

Zudem zeige die Haltung der Fürsorgebehörde zu den SKOS-Richtlinien, die per 1. Januar 2016 teilrevidiert würden, dass sie bereit sei, Fehlanreize im System zu korrigieren und Missbräuche zu ahnden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 1. OKTOBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1831

BESCHLUSS-NR.

Dies sei entscheidend, damit Sozialhilfe wirklich denjenigen zugutekommt, die sich in materieller Not befänden.

Besondere Beobachtung sei aber der Sozialhilfequote beizumessen. Wie die Sozialhilfe-Studie ausweise, steige jene Quote in Illnau-Effretikon – anders als in verschiedenen anderen Gemeinden – an. Zudem weise die Vergleichs-Studie für die Stadt Illnau-Effretikon den höchsten Prozentsatz an neu abgeschlossenen Sozialhilfefällen aus. Dies könne einem Zufall entspringen, unterschiedliche Trends in den anderen Gemeinden könnten aber auch ein Indiz dafür sein, dass nicht jede Gemeinde ihre soziale Verantwortung gleichermassen wahrnimmt. FDP/JLIE begrüßen es deshalb, dass sich der Stadtrat in der Sozialkonferenz des Kantons Zürich für eine gerechtere Verteilung der Soziallasten einsetzen will.

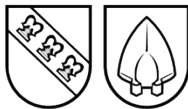
Ferner habe sich die Fraktion gefreut, zu erfahren, wonach sich die beiden Spitex-Vereine Lindau und Illnau-Effretikon per 1. Januar 2016 zusammenschliessen wollen und damit rechtlich das vollziehen, was operativ seit 2010 bereits weitgehend Realität sei. Gleichzeitig sei zu respektieren, dass für den Stadtrat, den Verwaltungsrat des Alterszentrums und den Spitex-Vorstand noch nicht der passende Moment gekommen sei, die Spitexdienste ins Alterszentrum Bruggwiesen zu integrieren. Gleichwohl wäre es zielführend, wenn der Stadtrat die Frage der Integration der Spitex-Dienste ins Alterszentrum zum gegebenen Zeitpunkt erneut ins Auge fassen würde.

Die FDP-/JLIE-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat dem Parlament zur geplanten Streichung der kommunalen Gemeindegzuschüsse eine separate Vorlage unterbreiten werde. Der Stadtrat werde dabei sehr gute Argumente vorlegen müssen.

Getreu dem Motto «hard to the facts, soft to the people» merkt Gemeinderat Käppeli zum Schluss noch seine persönliche Beurteilung an.

Wenn es um gesunde Finanzen oder um die Wahrung der demokratischen Rechte des Parlaments gehe, habe man Michael Käppeli wohl als aktiven Parlamentarier kennengelernt, der gegenüber dem Stadtrat regelmässig fordernd auftrete. Für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern, für transparente und korrekte Abrechnungen des Stadtrates oder auch für eine wirkungsorientierte Behörden- und Verwaltungsorganisation könne man mit ihm „Pferde stehlen“. Sobald es jedoch um die Schwächsten in unserer Gesellschaft gehe, mutiere Käppeli zum «Pferdeflüsterer», der sanfte Töne anschlage. Schicksale von Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stünden, würden ihn stets berühren. Er stehe deshalb ein für Hilfe und Fürsorge für benachteiligte Menschen – prioritär durch gemeinnützige Privatinitiative und, wenn diese nicht ausreiche, auch durch staatliche Unterstützung.

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 1. OKTOBER 2015

GESCH.-NR.

2016-1831

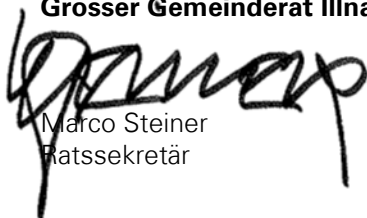
BESCHLUSS-NR.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Soziales
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 02.10.2015

ms